

Bet.: ATTAC-Erklärung

Die vorliegende Erklärung hat auch im zweiten Entwurf und selbst mit den Änderungsvorschlägen aus Rostock und Bochum (Stand: 13.5.) noch mehrere gravierende Mängel.

- a) Meine wesentliche Kritik am Text der Erklärung richtet sich gegen die – sicher nicht beabsichtigte - Geringschätzung des „Sich-Einmischens“, des Rechts, „über seine eigene Zukunft zu bestimmen“. – „Es geht ganz einfach darum, gemeinsam die Zukunft unserer Welt in die Hand zu nehmen“ heißt es in der Charta von ATTAC International, verabschiedet am 11./12. Dez. 1998 – und die Bedeutung des Rechts auf Selbstbestimmung wird in der Charta mehrfach entwickelt. (s. Anhang zu meinem Antrag). In der Charta klingt ein kämpferisches, ermunterndes „Wir“ mit, das ich in dem vorliegenden Entwurf vermisste.
- b) Die Analyse ist sehr knapp und an einzelnen Punkten falsch.
Beispiel 1: „Die Armut ist in die Industrieländer zurückgekehrt“ – War sie jemals verschwunden? Der Satz der Charta von ATTAC International trifft den Sachverhalt besser: „Dies führt (...) zur Verallgemeinerung prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse und zur Ausweitung der Armut“ (Ende des 3. Absatzes)
Beispiel 2: „Die soziale Kluft zwischen Nord und Süd wird tiefer“ – ja, aber nicht nur zwischen Nord und Süd. In der Charta heißt es treffender: „Besonders stark leiden die Entwicklungsländer und die osteuropäischen Länder unter diesen Verhältnissen“
- c) Es gibt Kritiken - die ich teile - an einzelnen Forderungen (Wieso rückt man z.B. von der Forderung nach einer Streichung der öffentlichen Schulden der Entwicklungsländer ab?) Unabhängig davon, ob die Forderungen richtig sind oder nicht, besteht jetzt die Gefahr, dass ein Sammelsurium an Forderungen entsteht, statt dass sich auf einige grundlegende Punkte konzentriert wird. Zum Vergleich: Da die Analyse in der Charta sehr präzise ist, kann auf eine explizite, öfter einengende, auch beliebige und lange Liste von Einzelforderungen ohne politischen Verlust verzichtet werden.
Die Debatte und Beschlussfassung über solche Einzelforderungen muss sein – Ich stelle nur in Frage, ob wir in der Erklärung so vorgehen sollten.

Die Entstehungsgeschichte des Entwurfs für die Erklärung Deutschlands ist mir nicht bekannt. Ich frage mich, aus welchen inhaltlichen Gründen diese Charta – seit 1999 auch auf Deutsch - nicht als Grundlage genommen wurde, um sie ggf. zu ergänzen und zu modifizieren, ein Verfahren, wofür ATTAC Schweiz sich entschieden hat (s. Anhang).

Antrag Nr.1

1. Zur Grundlage für eine Erklärung von ATTAC Deutschland wird die im Dez. 1998 beschlossene Charta von ATTAC International genommen.

2. ATTAC Deutschland übernimmt die Übersetzung und die Ergänzungen von ATTAC Schweiz. Der Absatz 7 wird dem aktuellen Stand angepasst und die Sätze über die Schweiz werden gestrichen.

Begründung: 1. S. oben. 2. Die schweizerische Übersetzung ist genauer, einfach besser. Eine wichtige Ergänzung betrifft die Migration (Absatz 6)

Antrag Nr. 2: Der Abschnitt über die Ziele in dem Text von ATTAC Schweiz wird durch die entsprechenden Zeile des 1. Entwurfs der Erklärung bzw. deren Änderungen ersetzt.

Begründung: Seit September 1999 (Datum der Erklärung von ATTAC Schweiz) sind die Ziele präzisiert und erweitert worden. Dem sollten wir Rechnung tragen.

Ich habe es so allgemein formuliert, weil es hier um die Gesamtstruktur der Erklärung geht. Ich gehe davon aus, dass es über die einzelnen Ziele gesonderte Abstimmungen geben wird.

Marie-Dominique Vernhes, 15.5.2002, Hamburg MDVernhes@gmx.de

Anhang 1: So könnte die Erklärung von ATTAC Deutschland aussehen:

Nehmen wir gemeinsam die Zukunft unserer Welt in die Hand

Plattform der Bewegung ATTAC

Die Globalisierung der Finanzmärkte verschärft die wirtschaftliche Instabilität und die gesellschaftlichen Ungleichheiten. Sie missachtet die Entscheide der Völker und übergeht die demokratischen Institutionen und ihre Souveränität, offizielle Hüter des Allgemeinwohls. An ihre Stelle tritt die Logik der Spekulation, die allein den Interessen der transnationalen Unternehmen und der Finanzmärkte entspricht.

Im Namen dieser weltweiten Entwicklung, die man als Naturgesetz darstellt, wird den BewohnerInnen und ihren gewählten VertreterInnen noch mehr das Recht abgesprochen, über ihre eigene Zukunft zu bestimmen. Diese Erniedrigung, diese Ohnmacht bildet einen fruchtbaren Boden für antidemokratische Kräfte. Es ist dringend notwendig, diesem Prozess mit Hilfe neuer Instrumente der Regulation und Kontrolle auf nationaler, europäischer und weltweiter (internationaler) Ebene Einhalt zu gebieten. Die Erfahrung zeigt, dass die Regierungen dies nicht selbst tun, wenn sie nicht "von unten" dazu angehalten werden. Auf die doppelte Herausforderung gesellschaftlicher Implosion und politischer Hoffnungslosigkeit kann einzig das politische Engagement und die Mobilisierung der BewohnerInnen als Antwort bestehen.

Die totale Bewegungsfreiheit des Kapitals, die Steuerparadiese und das Anschwellen der spekulativen Finanzströme zwingen die Staaten zu einem verzweiferten Wettkampf um die Gunst der wichtigsten Investoren. Über 1'800 Milliarden Dollar wechseln jeden Tag auf den Devisenmärkten ihren Besitzer, auf der Suche nach unmittelbarem Profit und ohne jeglichen Bezug zur Entwicklung von Produktion und Handel von Gütern und Dienstleistungen. Dies führt zu einem stetigen Anwachsen der Kapitaleinkünfte auf Kosten jener der Arbeit, zur Verallgemeinerung prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse und zur Ausweitung der Armut.

Besonders stark leiden die Entwicklungsländer und die osteuropäischen Länder unter diesen Verhältnissen. Von der Finanzkrise hart getroffen, stehen sie unter dem Diktat der strukturellen Anpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds IMF (International Monetary Fund). Der Schuldendienst zwingt ihre Regierungen dazu, die Ausgaben für die verschiedenen sozialen und öffentlichen Dienste, für die Systeme sozialer Sicherung, auf ein Minimum zu reduzieren. Er verurteilt diese Gesellschaften zur Unterentwicklung. Die deutlich über jenen der Industrieländer liegenden Zinssätze tragen das ihre zur Zerstörung der einheimischen, nicht von transnationalen Unternehmen kontrollierten Betriebe bei. Eine Welle der Privatisierung und Entnationalisierung nach der anderen lässt, auf weltweiter Ebene, den Großinvestoren die verlangten Ressourcen zuströmen.

Überall werden die sozialen Errungenschaften in Frage gestellt. In jenen Ländern, in denen öffentliche, auf dem so genannten Umlageverfahren beruhende Rentensysteme existieren, sollen die Beschäftigten diese gegen Pensionsfonds nach dem Prinzip des Kapitaldeckungsverfahrens tauschen. So werden ihre persönlichen Belange noch ein wenig stärker den Zwängen einer sehr kurzfristig orientierten Rentabilität unterworfen, und der Einflussbereich der Finanzwelt wird ausgeweitet. Man überzeugt die Bewohnerinnen und Bewohner davon, dass Institutionen der Solidarität zwischen Nationen, Völkern und Generationen längst nicht mehr aktuell seien, obschon gerade der sozialen und ökologischen Krise nur durch eine Wiederbelebung der Solidaritätsbeziehungen begegnet werden könnte.

Die Deregulierung erfasst alle Arbeitsmärkte und setzt die LohnarbeiterInnen der meisten Länder in eine direkte oder indirekte Konkurrenzbeziehung zueinander. Dies erzeugt eine Verschlechterung und Destabilisierung der Arbeitsbedingungen, steigende Erwerbslosigkeit, eine schrittweise Aushöhlung der Sozialversicherungen (dort, wo welche existieren) und die Zerstörung der Umwelt. Ebenfalls zwingt die Deregulierung Millionen von Personen dazu, das Exil zu wählen und ihrerseits ein immer grösser werdender Teil der internationalen Migrationen zu werden, (deren Ursachen zahlreich sind). Ein Teil dieser Männer und Frauen im Exil schaffen es, die Länder des Nordens zu erreichen, wo sie oft als Sündenböcke angesehen werden, anstatt als Boten einer Welt in Unordnung.

Unter dem Vorwand, das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung zu fördern, haben die wirtschaftlich führenden Länder versucht, ein Multilaterales Abkommen über Investitionen (MAI) durchzusetzen, das alle Rechte den Investoren zusprechen und alle Pflichten den Staaten aufbürden würde. Unter dem Druck der Öffentlichkeit und der Mobilisierung der BürgerInnen haben sie letztendlich darauf verzichten müssen, dieses Projekt im Rahmen der OECD (Organization of Economic Cooperation and Development) auszuhandeln. Doch, führen die USA und die Europäische Kommission (Organ der Europäischen Union) ihren Kreuzzug für den Freihandel fort und versuchen, neue kontinentale oder interkontinentale Zonen deregulierter Märkte zu schaffen.

Die meisten Mechanismen dieser Maschinerie, die unablässig Ungleichheiten zwischen Nord und Süd sowie innerhalb der Länder produziert, können noch unter Kontrolle gebracht werden. Allzu oft beruht der Glaube, kein anderer Weg sei gangbar, auf Mechanismen der Zensur, durch die Informationen über Alternativen der Öffentlichkeit vorenthalten werden. So verschweigen zum Beispiel die internationalen Finanz-Institutionen und die wichtigsten Medien (die sich meist im Besitz von Nutznießern der Globalisierung befinden) beharrlich den Vorschlag des amerikanischen Ökonomen und Nobelpreisträgers James Tobin, die spekulativen Geschäfte auf den Devisenmärkten zu besteuern.

Selbst bei einem außerordentlich tief angesetzten Steuersatz von 0,1% würde diese Tobin - Steuer jährlich gegen 100 Milliarden Dollar einbringen. Dieser Betrag müsste im wesentlichen in den Industrieländern gesammelt werden, wo die bedeutendsten Finanzplätze angesiedelt sind, und dem Kampf gegen alle Ungleichheiten, auch zwischen den Geschlechtern, für die Entwicklung der öffentlichen Bildungs- und Gesundheitssysteme in den armen Ländern sowie für eine gesunde und ausreichende Ernährung aller Menschen und eine nachhaltige Entwicklung zugeführt werden. Eine solche Maßnahme wäre Teil einer klar gegen die Spekulation gerichteten Perspektive. Sie würde Widerstandslogiken stärken und den BewohnerInnen und den Staaten Handlungsspielräume zurückgeben. Vor allem aber wäre ihre Umsetzung ein Zeichen dafür, dass die Politik die Oberhand wieder gewinnt

In diesem Sinne bekunden die Unterzeichnenden ihren Willen, an der internationalen Bewegung ATTAC aktiv teilzunehmen. Sie wollen gemeinsam diskutieren und handeln, Informationsmaterial produzieren und verbreiten, sei es in ihren Herkunftsländern oder auf kontinentaler und internationaler Ebene.

Diese gemeinsamen Aktionen sollen folgenden Zielen dienen:

(Diese Ziele sollten gemäß Antrag 2 neu formuliert werden)

- *Eindämmung der internationalen Spekulationsgeschäfte;*
- *Besteuerung der Kapitaleinkommen;*
- *Ausarbeitung von Modalitäten der Verteilung der durch die Steuer eingenommenen Mittel, die den Bevölkerungen zugute kommen;*
- *Abschaffung von internen und externen Steuerparadiese;*
- *Kampf gegen das Bankgeheimnis, wie in der Schweiz praktiziert wird;*
- *Verhinderung der Verallgemeinerung der Pensionsfonds-Systeme (und Kampf für eine Rückkehr zu Systemen sozialer Sicherung, die auf dem Umlageverfahren beruhen);*
- *Kampf gegen die Privatisierung und die Aushöhlung der öffentlichen Dienste;*
- *Transparenz der Investitionen in den Entwicklungsländern;*
- *Errichtung eines gesetzlichen Rahmens für Finanz- und Bankgeschäfte, der den Interessen der KonsumentInnen und BewohnerInnen entspricht (die Bankangestellten können bei der Kontrolle dieser Geschäfte eine wichtige Rolle spielen);*
- *Streichung der öffentlichen Schuld der Entwicklungsländer ohne Konditionen, die vom Norden auferlegt werden, und Verwendung der daraus gewonnenen Mittel zugunsten ihrer Bevölkerung und einer nachhaltigen Entwicklung in diesen Ländern, um die 'soziale und ökologische Schuld' (wie viele Leute dies nennen) zu begleichen;*
- *Aufklärung über die so genannten rein ökonomischen Abkommen der WTO, die in Wirklichkeit politische Verträge von einer Reichweite sind, die alle Aspekte des individuellen und gesellschaftlichen Lebens betrifft;*
- *Erwägung und Empfehlung von anderen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationsweisen.*

Im Allgemeinen geht es darum:

- jene Räume zurückzuerobern, die die Demokratie an die Finanzwelt und die großen, autokratischen Oligopole verloren hat;
- gegen jede weitere Preisgabe staatlicher Souveränität im Namen eines "höheren Rechts" der Investoren und Händler zu kämpfen;
- einen neuartigen politischen Rahmen für eine weltweite Demokratie zu schaffen;
- den politischen Kräften ihre Rolle der Kontrolle über die Wirtschaft und die Verteilung zurückgeben.

Es geht ganz einfach darum, gemeinsam die Zukunft unserer Welt in die Hand zu nehmen!

Nehmen wir gemeinsam die Zukunft unserer Welt in die Hand

Plattform der Bewegung ATTAC,

Association pour une Taxation des Transactions financières pour l'Aide aux Citoyen-ne-s
ATTAC - für eine demokratische Kontrolle der Finanzmärkte

Die Globalisierung der Finanzmärkte verschärft die wirtschaftliche Instabilität und die gesellschaftlichen Ungleichheiten. Sie missachtet die Entscheide der Völker und übergeht die demokratischen Institutionen und ihre Souveränität, offizielle Hüter des Allgemeinwohls. An ihre Stelle tritt die Logik der Spekulation, die allein den Interessen der transnationalen Unternehmen und der Finanzmärkte entspricht.

Im Namen dieser weltweiten Entwicklung, die man als Naturgesetz darstellt, wird den BewohnerInnen und ihren gewählten VertreterInnen noch mehr das Recht abgesprochen, über ihre eigene Zukunft zu bestimmen. Diese Erniedrigung, diese Ohnmacht bildet einen fruchtbaren Boden für antidemokratische Kräfte. Es ist dringend notwendig, diesem Prozess mit Hilfe neuer Instrumente der Regulation und Kontrolle auf nationaler, europäischer und weltweiter (internationaler) Ebene Einhalt zu gebieten. Die Erfahrung zeigt, dass die Regierungen dies nicht selbst tun, wenn sie nicht "von unten" dazu angehalten werden. Auf die doppelte Herausforderung gesellschaftlicher Implosion und politischer Hoffnungslosigkeit kann einzig das politische Engagement und die Mobilisierung der BewohnerInnen als Antwort bestehen.

Die totale Bewegungsfreiheit des Kapitals, die Steuerparadiese und das Anschwellen der spekulativen Finanzströme zwingen die Staaten zu einem verzweifelten Wettkampf um die Gunst der wichtigsten Investoren. Über 1'800 Milliarden Dollar wechseln jeden Tag auf den Devisenmärkten ihren Besitzer, auf der Suche nach unmittelbarem Profit und ohne jeglichen Bezug zur Entwicklung von Produktion und Handel von Gütern und Dienstleistungen. Dies führt zu einem stetigen Anwachsen der Kapitaleinkünfte auf Kosten jener der Arbeit, zur Verallgemeinerung prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse und zur Ausweitung der Armut.

Besonders stark leiden die Entwicklungsländer und die osteuropäischen Länder unter diesen Verhältnissen. Von der Finanzkrise hart getroffen, stehen sie unter dem Diktat der strukturellen Anpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds IMF (International Monetary Fund). Der Schuldendienst zwingt ihre Regierungen dazu, die Ausgaben für die verschiedenen sozialen und öffentlichen Dienste, für die Systeme sozialer Sicherung, auf ein Minimum zu reduzieren. Er verurteilt diese Gesellschaften zur Unterentwicklung. Die deutlich über jenen der Industrieländer liegenden Zinssätze tragen das ihre zur Zerstörung der einheimischen, nicht von transnationalen Unternehmen kontrollierten Betriebe bei. Eine Welle der Privatisierung und Entnationalisierung nach der anderen lässt, auf weltweiter Ebene, den Großinvestoren die verlangten Ressourcen zuströmen.

Überall werden die sozialen Errungenschaften in Frage gestellt. In jenen Ländern, in denen öffentliche, auf dem so genannten Umlageverfahren beruhende Rentensysteme existieren, sollen die Beschäftigten diese gegen Pensionsfonds nach dem Prinzip des Kapitaldeckungsverfahrens tauschen. So werden ihre persönlichen Belange noch ein wenig stärker den Zwängen einer sehr kurzfristig orientierten Rentabilität unterworfen, und der Einflussbereich der Finanzwelt wird ausgeweitet. Man überzeugt die Bewohnerinnen und Bewohner davon, dass Institutionen der Solidarität zwischen Nationen, Völkern und Generationen längst nicht mehr aktuell seien, obschon gerade der sozialen und ökologischen Krise nur durch eine Wiederbelebung der Solidaritätsbeziehungen begegnet werden könnte.

Die Deregulierung erfasst alle Arbeitsmärkte und setzt die LohnarbeiterInnen der meisten Länder in eine direkte oder indirekte Konkurrenzbeziehung zueinander. Dies erzeugt eine Verschlechterung und Destabilisierung der Arbeitsbedingungen, steigende Erwerbslosigkeit, eine schrittweise Aushöhlung der Sozialversicherungen (dort, wo welche existieren) und die Zerstörung der Umwelt. Ebenfalls zwingt die Deregulierung Millionen von Personen dazu, das Exil zu wählen und ihrerseits ein immer grösser werdender Teil der internationalen Migrationen zu werden, (deren Ursachen zahlreich sind). Ein Teil dieser Männer und Frauen im Exil schaffen es, die Länder des Nordens zu erreichen, wo sie oft als Sündenböcke angesehen werden, anstatt als Boten einer Welt in Unordnung.

Unter dem Vorwand, das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung zu fördern, haben die wirtschaftlich führenden Länder versucht, ein Multilaterales Abkommen über Investitionen (MAI) durchzusetzen, das alle Rechte den Investoren zusprechen und alle Pflichten den Staaten aufbürden würde. Unter dem Druck der Öffentlichkeit und der Mobilisierung der BürgerInnen haben sie letztendlich darauf verzichten müssen, dieses Projekt im Rahmen der OECD (Organization of Economic Cooperation and Development) auszuhandeln. Doch wollen sie die Verhandlungen innerhalb der Welthandelsorganisation WTO (World Trade Organization), anlässlich der Millennium Round, wieder aufnehmen. Gleichzeitig führen die USA und die Europäische Kommission (Organ der Europäischen Union) ihren Kreuzzug für den Freihandel fort und versuchen, neue kontinentale oder interkontinentale Zonen deregulierter Märkte zu schaffen. Diese Option entspricht vollumfänglich den Vorstellungen der schweizerischen Regierung und der helvetischen Geschäftswelt.

Die meisten Mechanismen dieser Maschinerie, die unablässig Ungleichheiten zwischen Nord und Süd sowie innerhalb der Länder produziert, können noch unter Kontrolle gebracht werden. Allzu oft beruht der Glaube, kein anderer Weg sei gangbar, auf Mechanismen der Zensur, durch die Informationen über Alternativen der Öffentlichkeit vorenthalten werden. So verschweigen zum Beispiel die internationalen Finanz-Institutionen und die wichtigsten Medien (die sich meist im Besitz von Nutznießern der Globalisierung befinden) beharrlich den Vorschlag des amerikanischen Ökonomen und Nobelpreisträgers James Tobin, die spekulativen Geschäfte auf den Devisenmärkten zu besteuern.

Selbst bei einem außerordentlich tief angesetzten Steuersatz von 0,1% würde diese Tobin - Steuer jährlich gegen 100 Milliarden Dollar einbringen. Dieser Betrag müsste im wesentlichen in den Industrieländern gesammelt werden, wo die bedeutendsten Finanzplätze angesiedelt sind, und dem Kampf gegen alle Ungleichheiten, auch zwischen den Geschlechtern, für die Entwicklung der öffentlichen Bildungs- und Gesundheitssysteme in den armen Ländern sowie für eine gesunde und ausreichende Ernährung aller Menschen und eine nachhaltige Entwicklung zugeführt werden. Eine solche Maßnahme wäre Teil einer klar gegen die Spekulation gerichteten Perspektive. Sie würde Widerstandslogiken stärken und den BewohnerInnen und den Staaten Handlungsspielräume zurück- geben. Vor allem aber wäre ihre Umsetzung ein Zeichen dafür, dass die Politik die Oberhand wieder gewinnt

In diesem Sinne bekunden die Unterzeichnenden ihren Willen, an der internationalen Bewegung ATTAC aktiv teilzunehmen. Sie wollen gemeinsam diskutieren und handeln, Informationsmaterial produzieren und verbreiten, sei es in ihren Herkunftsländern oder auf kontinentaler und internationaler Ebene.

Diese gemeinsamen Aktionen sollen folgenden Zielen dienen:

- Eindämmung der internationalen Spekulationsgeschäfte;
- Besteuerung der Kapitaleinkommen;

- Ausarbeitung von Modalitäten der Verteilung der durch die Steuer eingenommenen Mittel, die den Bevölkerungen zugute kommen;
- Abschaffung von internen und externen Steuerparadiese;
- Kampf gegen das Bankgeheimnis, wie in der Schweiz praktiziert wird;
- Verhinderung der Verallgemeinerung der Pensionsfonds-Systeme (und Kampf für eine Rückkehr zu Systemen sozialer Sicherung, die auf dem Umlageverfahren beruhen);
- Kampf gegen die Privatisierung und die Aushöhlung der öffentlichen Dienste;
- Transparenz der Investitionen in den Entwicklungsländern;
- Errichtung eines gesetzlichen Rahmens für Finanz- und Bankgeschäfte, der den Interessen der KonsumentInnen und BewohnerInnen entspricht (die Bankangestellten können bei der Kontrolle dieser Geschäfte eine wichtige Rolle spielen);
- Streichung der öffentlichen Schuld der Entwicklungsländer ohne Konditionen, die vom Norden auferlegt werden, und Verwendung der daraus gewonnenen Mittel zugunsten ihrer Bevölkerung und einer nachhaltigen Entwicklung in diesen Ländern, um die 'soziale und ökologische Schuld' (wie viele Leute dies nennen) zu begleichen;
- Aufklärung über die so genannten rein ökonomischen Abkommen der WTO, die in Wirklichkeit politische Verträge von einer Reichweite sind, die alle Aspekte des individuellen und gesellschaftlichen Lebens betrifft;
- Erwägung und Empfehlung von anderen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationsweisen.

Im Allgemeinen geht es darum:

- jene Räume zurückzuerobern, die die Demokratie an die Finanzwelt und die großen, autokratischen Oligopole verloren hat;
- gegen jede weitere Preisgabe staatlicher Souveränität im Namen eines "höheren Rechts" der Investoren und Händler zu kämpfen;
- einen neuartigen politischen Rahmen für eine weltweite Demokratie zu schaffen;
- den politischen Kräften ihre Rolle der Kontrolle über die Wirtschaft und die Verteilung zurückgeben.

Es geht ganz einfach darum, gemeinsam die Zukunft unserer Welt in die Hand zu nehmen!
September 1999

Marie-Dominique Vernhes <MDVernhes@gmx.de>
Tel 040/642 86 99